



Fraktion im Hessischen Landtag

Pressesprecher der FDP-Fraktion im
Hessischen Landtag: Daniel Rudolf
Schlossplatz 1-3 - 65183 Wiesbaden
Tel. 06 11.350 566 - Fax 06 11.350 579
d.rudolf@ltg.hessen.de

Bilanz der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag zu „100 Tage Schwarz-Grün“

Der Fraktionsvorsitzende Florian RENTSCH erklärt:

I Schwarz-Grün stiftet Unfrieden statt Schulfrieden

„In nur 100 Tagen hat die neue Landesregierung die gesamte Bildungslandschaft in Hessen gänzlich auf den Kopf gestellt: Mit der Ruhe an Hessens Schulen ist es wegen des vollkommen missglückten Gesetzesentwurfs zur Rückkehr zu G9 nun endgültig vorbei. Denn das Gesetz provoziert erhebliche Auseinandersetzungen zwischen den Schulen, Eltern und Schülern und führt letztlich dazu, dass von der angekündigten Rückkehrmöglichkeit kaum eine Schule Gebrauch machen wird. Auf diese Weise führt die neue Regierung das eigentliche Ziel ihrer Gesetzesänderung selbst ad absurdum. Und die rückkehrwilligen Eltern, die jetzt enttäuscht feststellen, dass sie ihr Ziel nicht erreichen können, sind zurecht auch deshalb erbost, weil sie sich von der schwarz-grünen Koalition hinter die Fichte geführt sehen.“

Was die FDP-Fraktion nun fordert:

„Die FDP-Fraktion befürchtet einen bildungspolitischen Flächenbrand, der sich in rasanter Geschwindigkeit auf ganz Hessen ausbreitet. Wir fordern CDU und Grüne daher auf, sich ihrer Verantwortung zu stellen und zumindest so schnell wie möglich für Schadensbegrenzung zu sorgen, indem sie den Gesetzentwurf zurückziehen.“

II Mit Blendgranaten und zweifelhaften Tricks: Grüne treten beim Straßenbau auf die Bremse

„Die Ausführungen des neuen Wirtschafts- und Verkehrsministers Al-Wazir, dass für eine Realisierung der Straßenbauprojekte das Geld, nicht der politische Wille fehle, sind in etwa so glaubhaft wie die Beteuerungen von Ministerpräsident Bouffier zwei Wochen vor der Landtagswahl, dass es in Hessen keine Koalition mit den Grünen geben werde. So ist doch allseits bekannt, dass sich die Grünen stets für weniger Mittel für den Straßenbau ausgesprochen haben. Mit einer nicht ganz stilvollen Blendgranate versuchte sich Minister Al-Wazir nun ein Alibi für sein Vorhaben zu verschaffen, indem er die Verantwortung für die Verschiebung jedes dritten Straßenbauvorhabens einfach auf seinen Amtsvorgänger abschob. In Wahrheit besitzt Al-Wazir als neuer Verkehrsminister klare Handlungsoptionen, über die er jedoch die Öffentlichkeit, die betroffenen Gemeinden und vielleicht auch seinen Koalitionspartner im Unklaren gelassen hat. Der vorhandene Finanzierungsengpass bei den Landesstraßen ließe sich nämlich durch eine entsprechende Prioritätensetzung der Koalitionäre dank des guten Haushaltsabschlusses 2013 beseitigen.“



Fraktion im Hessischen Landtag

Pressesprecher der FDP-Fraktion im
Hessischen Landtag: Daniel Rudolf
Schlossplatz 1-3 - 65183 Wiesbaden
Tel. 06 11.350 566 - Fax 06 11.350 579
d.rudolf@ltg.hessen.de

Was die FDP-Fraktion nun fordert:

„Wir werden im Mai-Plenum einen Antrag in den Landtag einbringen, der die Regierungsfractionen dazu auffordert, die zehnpromzentige Mittelsperre für den Landesstraßenbau aufzuheben. Denn auf diese Weise könnten die 63 von Al-Wazir verschobenen Projekte, wie vorgesehen schon in diesem Jahr begonnen werden. Wir appellieren hierbei insbesondere an das Verantwortungsbewusstsein der CDU-Abgeordneten, mit ihrer Zustimmung ein klares Zeichen für eine gute Infrastruktur in Hessen zu setzen.“

III Taschenspielertricks statt Sparwille: Umgang mit Überschuss zeigt finanzpolitische Ambitionslosigkeit von Schwarz-Grün

„Wer im Haushalt 2013 eine finanzielle Verbesserung in Höhe einer Milliarde Euro erreicht, davon 510 Millionen Euro in Rücklagen parkt und nur einen winzigen Bruchteil für die Senkung der Neuverschuldung aufwendet, der hat jeglichen Sparwillen verloren und versucht mit Taschenspielertricks über die Runden zu kommen. Die FDP lehnt es ausdrücklich ab, die Neuverschuldung künstlich hoch zu halten, um für die nächsten Jahre durch Rücklagen ein Sparschwein anzulegen, mit denen künftige Jahresabschlüsse dann schöngerechnet werden. Schließlich würde auch kein Bürger einen Kredit aufnehmen, um damit sein Sparbuch zu füllen. Deshalb wäre es das einzig sinnvolle Vorgehen, die zusätzlichen Einnahmen sofort komplett in die Absenkung der Nettoneuverschuldung fließen zu lassen.“

Was die FDP-Fraktion nun fordert:

„Der Umgang der neuen Landesregierung mit dem unter FDP-Regierungsbeteiligung erreichten Überschuss zeigt abermals die finanzpolitische Ambitionslosigkeit von CDU und Grünen: Es gibt jetzt keinen Grund mehr, warum der Haushaltsausgleich erst 2019 erfolgen soll. Schwarz-Grün muss jetzt weiter diszipliniert bei den Ausgaben bleiben und den Haushaltsausgleich deutlich früher als geplant vorlegen.“

IV Belastungen statt eines klaren Bekenntnisses: Schwarz-Grün droht, Wachstum des Wirtschaftsmotors abzuwürgen

„Offensichtlich kümmert es die schwarz-grüne Regierung wenig, dass in Hessen und den angrenzenden Bundesländern 175.000 Menschen direkt oder indirekt wirtschaftlich vom Frankfurter Flughafen profitieren. Für diese Menschen ist die Entwicklung des Flughafens von entscheidender Bedeutung. Doch seit der grünen Regierungsbeteiligung und der Ägide Al-Wazirs ist die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstums des Flughafens von der politischen Agenda verschwunden. Stattdessen droht Schwarz-Grün die Entwicklung des Flughafens durch Druck auf den Flughafen Betreiber und die Airlines auszubremsen. So würden eine Verzögerung von Terminal 3 und die Einführung von Lärmobergrenzen für den



Fraktion im Hessischen Landtag

Pressesprecher der FDP-Fraktion im
Hessischen Landtag: Daniel Rudolf
Schlossplatz 1-3 - 65183 Wiesbaden
Tel. 06 11.350 566 - Fax 06 11.350 579
d.rudolf@ltg.hessen.de

Flughafen eine erhebliche Belastung und für die Jobs eine ernstzunehmende Gefahr darstellen. Die Union findet in der hessischen Flughafenpolitik überhaupt nicht mehr statt und hat dieses wichtige Feld vollkommen den grünen Flughafengegnern überlassen.“

Was die FDP-Fraktion nun fordert:

„Die Landesregierung muss die Drohungen gegenüber dem Flughafen und seinen Beschäftigten unterlassen. Stattdessen sollte endlich ein klares Bekenntnis zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Flughafens und zu seinem wirtschaftlichen Wachstum erfolgen – denn hierfür reichen die leidenschaftslosen Worthülsen von Minister Al-Wazir nicht aus.“

V Energiewende steckt in der Sackgasse – und die schwarz-grüne Energiepolitik wird die Situation noch verschlimmern

„Der unkontrollierte Ausbau der Erneuerbaren Energien wird zunehmend zu einer Belastung für Verbraucher und Industrie in Hessen. Doch statt sich für eine zukunftsfähige Lösung stark zu machen, führt der Weg der schwarz-grünen Energiepolitik direkt in eine Sackgasse: So wird das Festhalten am EEG, das nachweislich keine Innovationen begünstigt und zudem keinen Beitrag zum Klimaschutz leistet, die aktuell angespannte Situation noch verschlimmern. Denn die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger für steigende Strompreise und Windparks auf hessischen Höhenzügen und Wäldern schwindet täglich. Im Bereich der Windenergie haben wir einst mit der Union um eine Lösung gerungen, durch die die Bürger möglichst wenig belastet werden sollen. Doch die im Gegensatz dazu scheint sich die schwarz-grüne Landesregierung nicht für die Bedenken der betroffenen Bürgerinnen und Bürger beim Bau von Windkraftträdern und Stromtrassen zu interessieren.“

Was die FDP-Fraktion nun fordert:

„Eine marktwirtschaftliche Reform des nachgewiesenermaßen unwirtschaftlichen Erneuerbaren-Energien-Gesetzes ist dringend notwendig, um die Bezahlbarkeit von Strom für Bürger und Mittelstand sicherzustellen. An oberster Priorität steht unserer Ansicht nach, dass sich auch die neue Landesregierung dafür stark macht, dass das planwirtschaftliche EEG in seiner jetzigen Form abgeschafft wird, da es nachweislich die Energiepreise nach oben treibt, Innovationen verhindert und zugleich Investitionen fördert, die ohne staatliche Subventionen völlig unwirtschaftlich wären.“



Fraktion im Hessischen Landtag

Pressesprecher der FDP-Fraktion im
Hessischen Landtag: Daniel Rudolf
Schlossplatz 1-3 - 65183 Wiesbaden
Tel. 06 11.350 566 - Fax 06 11.350 579
d.rudolf@ltg.hessen.de

VI Aus dem Zwischenlager wird ein faktisches Endlager – keine Castoren nach Biblis

„Die Entscheidung über die Unterbringung von Castor-Behältern in Biblis kann für Hessen und die Bürger der Region erhebliche Konsequenzen haben – insbesondere da das Zwischenlager in Biblis ein faktisches Endlager wäre, bis ein anderer Standort für ein Endlager gefunden ist. Doch statt einer konkreten Aufklärung der Öffentlichkeit durch Ministerpräsident Bouffier oder Umweltministerin Hinz gab es seitens der Regierung bisher bloß vage Verweise auf den Koalitionsvertrag und widersprüchliche Aussagen von CDU und Grünen. Für uns als FDP-Fraktion steht nach wie vor fest, dass ein Transport von Castoren quer durch die Republik definitiv der falsche Weg wäre. Denn solange es entsprechende Kapazitäten in grenznahen Zwischenlagern gibt, sollten diese auch genutzt werden, um nicht unnötig ein vorhandenes Transportwegrisiko einzugehen.“

Was die FDP-Fraktion nun fordert:

„Die Union darf sich in dieser wichtigen Frage nicht weiter von den Grünen treiben lassen, sondern sollte die klare und nachvollziehbare Linie, die während der Regierungsbeteiligung der FDP noch herrschte, weiterverfolgen – und das würde bedeuten: Keine Castoren nach Biblis. Denn möglichst kurze Transportwege waren und bleiben sowohl aus sicherheitstechnischen Erwägungen, als auch aus wirtschaftlicher Sicht die vernünftigste Lösung.“

VII Finanztransaktionssteuer ist klarer Wettbewerbsnachteil für Finanzplatz Frankfurt

„Die Pläne der schwarz-grünen Koalition zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer würden Sparer belasten und rund 70.000 Arbeitsplätze am Finanzplatz Frankfurt gefährden. Denn sollte diese Steuer kommen, an der andere Finanzplätze, wie London, New York oder Singapur nicht beteiligt sind, dann werden die Transaktionen künftig woanders stattfinden und die Steuereinnahmen Hessens erheblich sinken, auch wenn man dreimal in den Koalitionsvertrag schreibt, dass das ausgeschlossen werden soll. Außerdem werden durch die Finanztransaktionssteuer eben nicht die Banken belastet, wie Al-Wazir meint, sondern diese geben die Kosten an Kleinsparer und den Mittelstand Eins zu Eins weiter. Nicht die Banken kommen so für die Krise auf, sondern erneut die deutschen Sparer, die durch die Niedrigzinsphase ohnehin wenig von ihrer Altersvorsorge haben.“

Was die FDP-Fraktion nun fordert:

„Der Schutz der Klein- und Rietersparer sowie der 70.000 Arbeitsplätze am Finanzplatz Frankfurt muss oberste Priorität haben – nicht der Koalitionsfrieden mit den Grünen. Entsprechend appellieren wir an die CDU, zum einstigen gemeinsamen Kurs mit der FDP zurückzukehren und die für den Finanzplatz gefährliche Finanztransaktionssteuer zu stoppen.“